Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste.
[illegible]
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn
Nbust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr. 15.
Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

Lacke u. Farben
für Fussböden, Möbel, Thüren u. Fenster
zu Fabrikpreisen bei
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10 und Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Hanns Hanfstaengl (C. A. Teich), Kgl. Sächs. Hofphotograph, Pragerstr. 36.

Nr. 165. Spiegel: „Drei Monate Fabrikarbeiter". Hofnachrichten, Verlegung der Bußtagsfeier. Vom Wetter, Kartoffelkrankheit, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. „Lorle". Sonntag, 14. Juni.

Politisches.

Als der Kandidat der Theologie Paul Göhre sich entschloß, den gewohnten Rock an den Nagel zu hängen und als richtiger Arbeiter drei Monate hindurch in einer Chemnitzer Fabrik die Mühen und Lasten, die kleinen Freuden und Lebensgewohnheiten der neuen Genossen zu theilen, da war er von der zutreffenden Ansicht geleitet, daß er auf diesem Wege am besten erkennen werde, wo den Arbeiter der Schuh drückt, und daß er so am sichersten die Befähigung erlange, in den Wirren der sozialen Gegensätze ein hörenswerthes Wort mitzusprechen. Der Verfasser des soeben erschienenen Buches „Drei Monate Fabrikarbeiter" hat zwar keineswegs übersehen, daß die Zustände der einzelnen Fabrik, in welcher er Eisenstücke schleppte, nicht maßgebend seien für alle industriellen Unternehmungen, daß die Arbeiter von Chemnitz nicht die Typen der gesammten deutschen Arbeiterschaft sind, und er hat sich wohl auch dagegen verwahrt, daß er allgemein giltige Schlüsse ziehen wolle; aber gerade der Umstand, daß er eine der ältesten Burgen der Sozialdemokratie, in welcher schon 1867 der Dresdner Kupferschmiedemeister Försterling, später der „wüthende Most", dann Geiser und Schippel ihren Wahlkreis fanden, zur Stätte seiner praktischen Forschungen wählte, läßt die Erfahrungen, welche er über das uns in erster Linie interessirende Verhältniß der Arbeiterschaft zur sozialen Demokratie machte, als doppelt werthvoll und auch wohl als typisch für einen großen Theil Deutschlands erscheinen.

Es ist selbstverständlich, daß die von einem wohlgesinnten, mit einem warmen Herzen ausgestatteten Manne angestellten Beobachtungen eine ganz bedeutende Aufmerksamkeit verdienen; sie unterscheiden sich denn auch wesentlich von der Methode der sozialistischen Führer, denen weder an einer Besserung der sozialen Lage, noch an einer Vermittelung der Gegensätze, sondern ausschließlich an einer gesteigerten Erbitterung, an einer maßlosen Verhetzung gelegen ist. Gerade die letztere Spielart fand kürzlich eine überaus charakteristische Beleuchtung. Auf dem Textilarbeiterkongreß in Pößneck trug ein gewisser Reichelt aus eben jenem Chemnitz, in welchem ja auch Göhre seine Beobachtungen angestellt hat, eine umfängliche Statistik vor, in welcher die niedrigen Löhne und die brutale Behandlung der Arbeiter eine erschreckliche Rolle spielten. Es war darin festgestellt, daß in der Umgebung von Chemnitz jugendliche Arbeiter und Kinder unter zwölf Jahren vielfach um Stunden länger beschäftigt seien, als vom Gesetze gestattet ist. Dieser Bericht schien so werthvoll, daß er alsbald die Runde durch die sozialdemokratische Presse machte, er schien aber auch der Behörde so fragwürdig, daß sie den Berichterstatter veranlaßte, seine Materialien vorzulegen. Bezeichnenderweise konnte Reichelt, nachdem er anfangs von einer großen Anzahl ausgefüllter Fragebogen gesprochen, die ihm als Unterlage gedient hätten, nur einen einzigen produziren, und auch bei diesem erwies es sich, daß derselbe weder eine Unterschrift trug, noch von dem angegebenen Gewährsmann ausgefüllt worden war. Gleichzeitig allerdings stellte es sich an Gerichtsstelle heraus, daß der Delegirte, auf dessen „glaubwürdigem" Zeugniß sich die Entrüstung so manchen Arbeiters aufbaute, vor vier Jahren wegen Meineids zu einem Jahre Zuchthaus und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden, verurtheilt worden war. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Auslassungen eines Reichelt, eben weil sie auf Schürung des Hasses berechnet sind, einen größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft ausüben werden, als die warmherzigen Ausführungen des freiwilligen Arbeiters, der sich die Aufgabe stellt, aus den allgemeinen Ansprüchen das Berechtigte herauszuschälen und dem bestehenden Kampfe seine ärgsten Stacheln zu nehmen. Es wäre aber wünschenswerth, wenn nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Arbeitgeber sich der fleißigen Lektüre des Buches hingäben, das in seinen ersten Theilen ein anschauliches Bild der materiellen Existenz unserer Arbeiterschaft entwirft und manchen Fingerzeig dafür enthält, daß der Arbeitgeber durch ein theilnahmsvolles Eingehen auf diesen oder jenen kleinen Wunsch sehr wohl dazu beitragen kann, das oft feindselige, beiderseitige Verhältniß zu mildern. Eine rein formelle Auffassung der sozialen Verpflichtungen wird niemals zum Ziele des sozialen Friedens führen. Das bloße Schema, das trockene System mag die Blätter der Gesetzbücher füllen: die individuelle Bewerthung, das Verlassen des Schemas zu Gunsten des Einzelnen ist ein Faktor, der schon um deswillen nicht zu übersehen ist, weil die uniforme Behandlung die Vorstellung erweckt, als bewerthe sich der Arbeiter nach dem gleichen Maßstabe wie die Maschine. Es ist in dieser Richtung schon vielfach der Anfang gemacht worden und es ist nicht zu leugnen, daß hiermit der sittliche Kernpunkt der Arbeiterbewegung berührt wird.

Es ist leider eine vielfach verbreitete, nichtsdestoweniger aber irrige Anschauung, daß die mächtige Bewegung, welche durch die Arbeiterschaft aller Länder geht, ausschließlich eine Lohn- und Magenfrage sei. Sie ist in diese enge Grenze zeitweise, vor Allem gerade heute, gewaltsam hineingedrängt worden, und es dürfte auch der Nachweis zu erbringen sein, daß das sittliche Element wesentlich durch den Einfluß der jüdischen Führer in den Hintergrund gedrängt wurde. Sie ist nur gewaltsam mit politischen Forderungen, mit antimonarchischen Tendenzen, mit antinationalen Bestrebungen verquickt worden. Wenn die Chemnitzer Fabrikarbeiter im Innersten ihres Herzens ein warmes Empfinden für die Traditionen des Hohenzollern-Kaiserthums, eine treue Anhänglichkeit zum Königshause der Wettiner bewahrten, wenn sie mit herzlicher Freude die Erinnerungen an ihre Soldatenzeit pflegen und mit Stolz und Genugthuung von den Leistungen ihrer Regimentskameraden berichten, so sprechen solche Dinge ebenso deutlich dafür, daß das internationale Wesenthum nur ein künstlich aufgepflanztes Reis ist, wie die Abneigung, ja die deutliche Geringschätzung gegen die Arbeiter anderer Nationen, wie der böhmischen, dafür einen Beweis liefert. Der Phrasenschwall jener drei oder vier Prozent, welche die Leiter und Träger der Agitation sind, dringt nur an das Gehör, nicht an die Herzen; in der überwiegenden Mehrzahl stimmen noch immer die Sozialdemokraten dem Abg. v. Vollmar bei, der erst kürzlich sich dagegen verwahrte, daß er und seine Anhänger, wenn dem Vaterlande Gefahr drohe, auf den Schanzen fehlen würden. „Ich bin nicht für rothe Shlipse, große, runde Hüte und ähnliche Sachen. Das macht's Alles nicht. Wir wollen auch gar nicht den Reichen und Vornehmen gleich werden. Reich und Arm muß und wird immer sein. Das fällt uns gar nicht ein. Aber wir wollen gerechtere und bessere Ordnung in der Fabrik und im Staate. Etwas Ungesetzliches aber thue ich nicht". So hat in Chemnitz ein kluger, nachdenkender und überzeugter Sozialdemokrat gesprochen und man wird zugeben müssen, daß dies ein Standpunkt ist, der, wenn er allgemein eingenommen würde, wenn er sich namentlich siegreich erwiese gegenüber den im Trüben fischenden Agitatoren, die Möglichkeit schafft zum Paktiren. Denn hier berührt sich das Programm der Arbeiterschaft mit dem Programm des sozialen Kaiserthums. Man darf allerdings nicht vergessen, daß der Kampf gegen die klingende Phrase bei Männern, die naturgemäß nur über eine lückenhafte Bildung verfügen, schwerer ist, als der Kampf gegen Argumente. Die große Masse der Sozialdemokraten besitzt überhaupt keine eigene politische und soziale Ueberzeugung, sie liest keine sozialdemokratische Zeitung, besucht keine Parteiversammlung und schwört doch auf das sozialdemokratische Programm. Diese Leute, deren wirkliches Programm ungewisse Wünsche und verbitterte Stimmungen bilden, werden schwerlich dem wohlmeinendsten Reformprogramm die Ueberlegenheit über die hetzerische Phrase zuerkennen. Es wäre wohl möglich gewesen und müßte auch heute noch ausführbar sein, in der großen Masse der Arbeiterschaft die Ueberzeugung zu erwecken, daß es einzig eine Mißleitung ihres berechtigten Solidaritätsgefühls ist, wenn sie sich auf die Fahne der politischen und sozialen Demokratie einschwören läßt. Auch aus den Beobachtungen des Herrn Göhre ergiebt es sich, daß die rein politische und soziale Agitation der Sozialdemokratie bei dem phantastischen, unaussprechlichen, unfaßbaren Charakter ihrer Lehrsätze, sowie bei dem nüchternen, praktischen Charakter, der trotz aller Schwärmerei und Träumerei auch dem deutschen Arbeiter noch innewohnt, und im Verhältniß zu der Fülle von Zeit und Kraft, die seit Jahrzehnten auf die Agitation verwendet worden ist, bisher nicht allzu große Erfolge erzielt hat und daß es ihr jedenfalls noch nicht gelungen ist, der Mehrzahl der Arbeiterschaften dieselben, ganz gleichen politischen Ansichten und Wünsche einzuprägen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13 Juni.

Berlin. Beim gestrigen Bundesrathsdiner beim Kaiser unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend mit dem Reichskanzler und dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal über schwebende politische Fragen. Insbesondere auch über die Kornzollfrage, über welche er sich später noch mit Finanzminister Miquel besprach. — Der Centrumsabgeordnete Ba.hem, der jüngst wegen eines sittlichen Fehltrittes sein Kölner Stadtverordnetenmandat niedergelegt hatte, hat jetzt auch sein Landtagsmandat niedergelegt. — Der „Reichsanzeiger" bringt folgende Notiz. Das Ergebniß der vorjährigen Ernte im Deutschen Reiche stellte sich nach einer überschlägigen Berechnung des jetzt vorliegenden Materials beim Weizen auf etwa 2,830,000 Tonnen (1000 Kg.), beim Roggen 5,877,000 Tonnen und bei Kartoffeln 23,320,000 Tonnen. Nach dem Durchschnitt der Jahre 1880—1889 beziffert sich der Ertrag bei Weizen auf etwa 2,479,000 Tonnen, bei Roggen 5,702,000 Tonnen und bei Kartoffeln auf 23,881,000 Tonnen. — Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben das „Berliner Tageblatt" mit Bezug auf bestimmte Fälle neueren Datums vor der Verbreitung falscher Börsenberichte gewarnt. Im Wiederholungsfalle soll dem „Berl. Tagebl.", bez. dessen Berichterstatter, die Börseneintrittskarte entzogen werden. Das „Berl. Tagebl." erblickt hierin einen Eingriff in die Preßfreiheit.

Berlin. Das Herrenhaus nahm heute die Landgemeindeordnung mit den vom Abgeordnetenhaus gefaßten Beschlüssen mit 99 gegen 38 Stimmen an, nachdem ein Antrag des Grafen Klinkowstroem, welcher der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses eine nachträgliche Zustimmung zu dem Gesetz ermöglichen sollte, mit Rücksicht auf das Zustandekommen des Gesetzes abgelehnt worden war. Gegen diesen Antrag sprachen u. A. Ministerpräsident v. Caprivi und der frühere Minister von Puttkamer. Die Landgemeindeordnung ist damit definitiv von beiden Häusern des Landtags angenommen. — Das Abgeordnetenhaus berieth das Wildschadengesetz. Bei der Abstimmung über die Regreßbestimmungen erwies sich das Haus aber beschlußunfähig.

Hamburg. Ein furchtbarer Sturm in der Nordsee richtet besonders an der dänischen Küste starke Verwüstungen an.

Zerbst. Das 1479 erbaute, eben völlig erneuerte Rathhaus steht in Flammen.

Straßburg i. E. Der Landwirthschaftsrath beschloß, daß der Zusatz von reinem Zucker zum Wein vom Deklarationszwang befreit sein soll, dagegen soll der Zusatz von Wasser und Zucker nur bei einem bestimmten Mindestgehalt an Säure und Extrakten zulässig sein und innerhalb dieser Grenze dem Deklarationszwang unterliegen.

Hirschberg. Heute Nacht fanden auf der Schneekoppe stärkere Schneefälle statt.

Kassel. Die Freisinnigen haben nun doch beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen.

Wien. Der Handelsminister beantragte im Abgeordnetenhause die Einstellung eines Theilvorschusses von 500,000 Gulden für den österreichisch-ungarischen Lloyd in das Budget. Der Volkswirthschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses genehmigte den neuen Vertrag mit dem Lloyd unter Ablehnung eines Antrages auf Verstaatlichung des Lloyd.

Pest. Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister brachte den Gesetzentwurf betr. die Einlösung der ungarischen Linien der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft ein.

Paris. Brazza telegraphirt, daß sich die Expedition Crampel, deren Mitglieder nach englischen Nachrichten von den Eingeborenen aufgefressen sein sollten, wohlbefinden. — Im Prozeß Turpin-Triponé, dessen Verhandlungen heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit begonnen haben, erklärte der Vertheidiger den Gerichtshof für unzuständig. — Das gestern Abend verbreitete Gerücht, Lesseps habe Selbstmord begangen, bestätigt sich nicht.

Neapel. Der Lavastrom schreitet gegen das Observatorium vor. Der Hauptkrater wirft kleine Aschenmengen aus.

London. Der Falschspieler Sir Cumming und seine junge Frau wurden bei ihrer Ankunft in Forres, in dessen Nähe Cummings schottische Besitzung liegt, vom Bürgermeister und Stadtrath feierlichst empfangen. Die Stadt war festlich beflaggt.

Bukarest. Der Senat genehmigte die geforderten 45 Mill. zur Vollendung und Armirung der Befestigungen. Alle Redner ohne Unterschied der Partei sprachen für Bewilligungen.

Die **Berliner Börse** verlief matt, nur Franzosen und Lombarden auf Einzelheiten über den Verstaatlichungsvertrag lebhaft gefragt und steigend, andere österreichische Bahnen wenig beachtet, aber gut behauptet. Bergwerke infolge der Bochumer Affaire gedrückt. Bochumer Gußstahl büßten ihre gestrige Erholung wieder ein. Von Banken Diskontekommandit stark angeboten. Fremde Renten anfangs abgeschwächt, später behauptet. Im Cassaverkehr Banken, deutsche Bahnen, Bergwerke, Industrieen und deutsche Fonds schwach, österreichische Bahnen fest. Oesterreichische Prioritäten sehr still. Privatdiskont 3½ Proz. Nachbörse nach vorübergehender kleinerer Befestigung schwach. — **Wetter:** bedeckt, kühl, West-Nord-West-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 261,50. Staatsb. 232,50. Lomb. 100,62. Galizier —,—. Egypter —,—. 4proz. Ung. Goldr. 91,70. Diskonto 180,20. Dresdn. Bk. 141,90. Laura —. Gelsenkirchen —. Behauptet.

Paris. (Schluß.) Rente 95,75. Anleihe 105,30. Italiener 90,77. Staatsbahn 637,50. Lombarden 248,75. do. Prioritäten —. Spanier 74¼. Egypter 488,43. Ottomanen 598,75. Socomptoir 387,50. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 31,10, per Septbr.-Dez. 28,60, ruhig. Spiritus per Juni 41,50, per September-Dezbr. 39,75, matt. Rüböl per Juni 71,25, per September-Dezember 71,50, weichend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 237. Roggen per Juni —, per October 185.

Der Hamburger Postdampfer „Augia", Kapitän Leithäuser, ist am 13. d. M. in New-York eingetroffen.

Der Hamburger Postdampfer „Fürst Bismarck", Kapitän Albers, ist am 13. d. M. in New-York eingetroffen.

* **Rom.** Senat. Bei der Berathung des Budgets des Auswärtigen erklärte der Ministerpräsident di Rudini auf eine Anfrage Negri's: Die Politik der Bündnisse gestatte Italien eine mäßige Bewaffnung; das Bündniß lege Italien keine außerordentliche Rüstung auf. In dieser Erklärung liege die hauptsächlichste Antwort auf die Angriffe, welche man gegen die Tripelallianz und gegen die Regierung vorbringe. Es sei ausgeschlossen, daß die Tripelallianz einen aggressiven Zweck habe, dieselbe sei vollkommen friedlich, dies bewiesen die zehn Jahre ihres Bestandes. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestät der **König** und die **Königin** begeben sich Freitag den 19. d. M. nach Pillnitz und nehmen dort für längere Zeit Aufenthalt. In den nächsten Tagen trifft auch Ihre Königl. Hoheit die **Herzogin von Genua** zum Besuch bei Ihren Majestäten ein und wird längere Zeit in Pillnitz verbleiben.

— Se. Excellenz Staatsminister Dr. **von Gerber** wird mit seiner gesammten Familie einen 3wöchentlichen Aufenthalt in **Schandau** nehmen und in einer der so schön im Königspark gelegenen Sendig'schen Villen daselbst wohnen. Desgleichen wird der berühmte Kinderarzt Geh. Med.-Rath Professor Dr. Henoch mit seiner gesammten Familie, Kindern und Enkeln einen mindest 4wöchentlichen Aufenthalt in einer der Sendig'schen Villen nehmen, nachdem sich derselbe bei seinem jüngsten 8tägigen Dortsein von der Vorzüglichkeit des Schandauer Klimas und dem Gesundheit fördernden Aufenthalt daselbst persönlich überzeugt hat.

— Vorgestern Nachmittag fand zu Ehren des verabschiedeten Generalleutnants Exc. **Schurig** im Königl. Belvedere ein Diner von ca. 60 Gedecken statt, an welchem sämmtliche Offiziere des Kriegsministeriums und des Generalkommandos Theil nahmen.

— Unter den der Synode sofort bei ihrem Zusammentritt zugegangenen Erlassen und Vorlagen des Kirchenregiments wird der die Verlegung der **Bußtagsfeier** betreffende Erlaß in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit erregen. Schon seit Jahren existirt in der evangelischen Bevölkerung Deutschlands der Wunsch, eine für ganz Deutschland gemeinsame Bußtagsfeier eingerichtet zu sehen, während bis jetzt jedes deutsche Land oder Ländchen seinen besonderen Bußtag feiert. Dies hat noch insbesondere den Uebelstand zur Folge, daß die Grenzbewohner der einzelnen Länder — und die meisten Deutschen sind in diesem Sinne Grenzbewohner — den eigenen Bußtag, an dem die Geschäfte ruhen müssen, zu Vergnügungsausflügen in das benachbarte deutsche Land, wo kein Bußtag ist, zu benutzen und somit den Zweck des Bußtags in sein gerades Gegentheil zu verkehren pflegen. So werden z. B. zur Ostermesse in Leipzig besondere Ergötzlichkeiten am preußischen Bußtage (Mittwoch nach Jubilate) veranstaltet, die von den preußischen Anwohnern auch stark benutzt werden. Die evangelischen Kirchenregierungen sind denn nun auch zur Herstellung einer gemeinsamen deutschen Bußtagsfeier zusammengetreten, sind aber über Vorschläge und vorbereitende Schritte bis jetzt noch nicht hinausgekommen. Gegenwärtig liegt dem preußischen Landtage eine diese Angelegenheit betreffende Vorlage zur Berathung vor, und es ist zu hoffen, daß damit ein weiterer Schritt zur Verwirklichung jenes Wunsches gethan wird. Die Folge würde sein, daß das evangelische Deutschland einen gemeinschaftlichen, am Freitag nach dem letzten Trinitatissonntage zu feiernden Bußtag bekommen würde. Für Sachsen würde dies die Verlegung des bisherigen zweiten Bußtags um 8 Tage bedeuten, während der bisherige erste Bußtag am Freitage nach Sonntag Reminiscere als besonderer sächsischer Bußtag bestehen bliebe. Um diesen letzteren handelt es sich nun bei dem Erlasse des Kirchenregiments an die Synode. Die vorige Synode hatte eine Verlegung dieses Bußtags beantragt, damit die notorisch schweren und unerträglich gewordenen Mißstände einer Kollision des Bußtags mit dem Altenburger Roßmarkte in Zukunft ein für alle Mal beseitigt werden. Das Kirchenregiment hat diesen Antrag abgelehnt, gewiß zum Bedauern aller Derer, die mit den angedeuteten Mißständen aus eigener Erfahrung bekannt sind. Es ist ein großer Theil Sachsens, der durch den Altenburger Roßmarkt in seiner Bußtagsfeier beeinträchtigt wird. Man kann dazu die Hälfte des Leipziger und Zwickauer Kreishauptmannschaftsbezirks rechnen. Man wird in weiten Kreisen die Ablehnung des nach unserer Meinung nicht allzuschwierig auszuführenden Antrags nicht recht verstehen. Denn die dagegen angeführten Gründe scheinen doch nicht ganz durchschlagend zu sein. Man will die bisherige feste Ordnung nicht stören, zumal da schon der zweite Bußtag eine Verschiebung um 8 Tage werde erleiden müssen. Dem können wir aus Erfahrung entgegenhalten, daß unser Volk zwar an die Feier der beiden Bußtage zur Passionszeit und gegen Ende des Kirchenjahres gewöhnt ist, daß es aber eine Verlegung derselben um 8 Tage gar nicht bemerken würde. Schon jetzt ist bisweilen der erste Bußtag verlegt worden, und außerdem bewirkt jedes Jahr die Beweglichkeit des Osterfestes einerseits und die verschiedene Ausdehnung der Adventszeit andererseits eine oft mehr als 8 Tage betragende Verschiebung der beiden Bußtage nach dem Kalenderdatum. Wenn nun gegen die Verlegung des ersten Bußtages auf 8 Tage später die dann eintretende Dringlichkeit landwirthschaftlicher Arbeiten

„Hotel Fürst Bismarck".
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.